

Wichtiger Hinweis

Ändert sich Ihre Adresse demnächst,
haben Sie ein fehlerhaftes Exemplar erhalten,
oder haben Sie sonstige Reklamationen?

Dann informieren Sie uns bitte!
(Adresse siehe GÖD Hauptstadtbüro Berlin)

Hier hilft man Ihnen weiter!

GÖD Geschäftsstellen und Ansprechpartner:

Bundesgeschäftsstelle

Pelkovenstraße 51, 80992 München
Tel. 0 89 / 53 25 50
Fax 0 89 / 53 65 29
e-Mail: info@goed-online.de
Ansprechpartner: Raymund Kandler

Hauptstadtbüro Berlin

Obentrautstraße 57, 10963 Berlin
Tel. 0 30 / 21 02 17-33
Fax 0 30 / 21 02 17-40
e-Mail: Hauptstadtbuero@goed-online.de
Ansprechpartner: Wolfgang Schneider
Inge Dietrich, Marion Schöne

Landesverband Baden-Württemberg

Postfach 700151, 70571 Stuttgart
Tel. 07 11 / 90 72 26 52
e-Mail: info@goed-bw.de
Ansprechpartner: Wolfgang Feil

Landesverband Bayern

Pelkovenstraße 51, 80992 München
Tel. 0 89 / 53 25 50
Fax 0 89 / 53 65 29
e-Mail: goed-bayern@t-online.de
Ansprechpartner: Raymund Kandler

Regionalverband Ost

(Berlin, Brandenburg, Sachsen-
Anhalt, Sachsen, Thüringen)
Obentrautstraße 57, 10963 Berlin
Tel. 0 39 33 / 21 11
Fax 0 39 33 / 21 11
e-Mail: l.dreyer@cgb.info
Ansprechpartnerin: Lydia Dreyer

Landesverband Nordwest

Ansprechpartner: Uwe Erlach
Im Weiler 2, 53123 Bonn
Tel. 01 57 / 57 31 67 71
e-Mail: info@goed-online.de

Regionalverband Südwest

(Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)
Ursulinenstraße 63 a,
66111 Saarbrücken
Tel. 06 81 / 9 27 28 30
Fax 06 81 / 9 27 28 33
e-Mail: cgb-saar@t-online.de

für das Saarland und den Regionalverband

Ansprechpartner: Herbert Fontaine

für Hessen

Ansprechpartner: Manfred März
Friedrich-Ebert-Siedlung 12,
61381 Friedrichsdorf
Tel. 0 61 72 / 77 82 33
Mobil: 01 73 / 1 76 42 63
e-Mail: manfred.maerz@yahoo.de

für Rheinland-Pfalz

Ansprechpartner: Matthias Antoni
Im Weiherfeld 1b
66892 Bruchmühlbach-Miesau
Tel. 0 63 72 / 99 31 45
Fax 0 63 72 / 99 31 46
e-Mail: matthias@matthias-antoni.de

Regionalverband Küste (Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, die Hansestädte Hamburg und Bremen)

Westerfeld 8, 25864 Löwenstedt
Tel. 0 46 73 / 567
Fax 0 46 73 / 9 62 425
e-mail: soenke1jensen@t-online.de

für Schleswig-Holstein und den Regionalverband

Ansprechpartner: Sönke Jensen

für Hamburg

Ansprechpartnerin: Andrea Martini
Tel.: 0 40 / 670 43 11
e-mail: andreamartini@outlook.de

für Niedersachsen und Bremen

Ansprechpartner: Rolf Zimmermann
Tel. 0 50 51 / 87 67
e-mail: rolf2zimmermann@bundeswehr.org

für Mecklenburg-Vorpommern

Ansprechpartnerin: Kathi Müller
Tel. 03 95 / 42 25 833
e-mail: kathi.jens@t-online.de



Die qualifizierte
Alternative!

GÖD FORUM

Im Internet der schnelle Klick:
www.goed-online.de

Ausgabe 2/2016

MITGLIEDERZEITUNG DER GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST UND DIENSTLEISTUNGEN

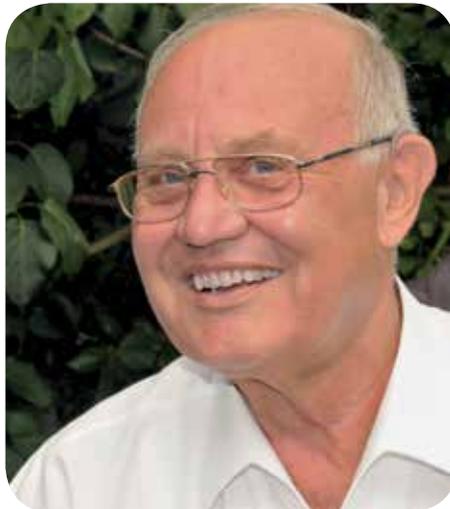


In dieser Ausgabe:

- **Tarifabschluss 2016 für den öffentlichen Dienst beim Bund und den Kommunen**
- **Tarifabschluss der GÖD für das Wach- und Sicherheitsgewerbe in Sachsen**
- **Beteiligungsgespräch des CGB zur Besoldung im Bundesinnenministerium**
- **Neues „Weissbuch“ der Bundeswehr**
- **GÖD Landeskongress Baden-Württemberg**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Leser,

Zur Zeit der Auslieferung dieser Ausgabe 2-2016 des GÖD FORUM sind wieder alle aus den Sommerferien und aus dem Sommerurlaub an ihre Wirkungsstätten zurückgekehrt. Es gab kein „Sommerloch“, ganz im Gegenteil. Es gab in der Politik und darüber hinaus viel Schlimmes und für Gegenwart und Zukunft höchst beunruhigendes. Als Stichworte seien erwähnt: Der Volksentscheid zum Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union; der immer noch andauernde Bürgerkrieg in Syrien; die Kämpfe des sogenannten „Islamischen Staates“ in Syrien und im Irak; der Putschversuch und die andauernde beängstigende Reaktion darauf in der Türkei; schließlich Amok- und Terroranschläge in Bayern. Nicht zuletzt beschäftigt uns alle das Dauerthema Flüchtlinge und Integration in Deutschland. Seit der letzten Ausgabe unserer Mitgliederzeitung gilt es aber auch Erfreuliches zu berichten. Es erfolgten Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst beim Bund und den Kommunen. Ebenso



einen Tarifabschluss im Wach- und Sicherheitsgewerbe in Sachsen. In dieser Ausgabe wird aktuell und in die Zukunft weisend zum neuen „Weissbuch“ der Bundeswehr informiert. Der CGB Bundesvorsitzende Strelb kommentiert den Mindestlohn. Im Blickpunkt dieser Ausgabe wird über die neue Rolle der Gewerkschaften in der digitalen Arbeitswelt nachgedacht. Schließlich wird auch in dieser Ausgabe wieder

aus GÖD Landes- und Regionalverbänden berichtet. Aufgrund einer Anregung aus der Leserschaft an die Redaktion wird mit dieser Ausgabe begonnen, ein eigenes Senioren-Portal anzubieten. Einen guten neuen Start nach der Ferienzeit in der Arbeitswelt wünscht die

Redaktion GÖD FORUM
Götze Beyer



**Die qualifizierte
Alternative!**

www.goed-online.de

Impressum

Herausgeber und Verleger:

Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB). Der GÖD Bundesverband wird vertreten durch den Bundesvorstand.

Kontakt und Vertrieb:

GÖD Hauptstadtbüro
Obentrautstraße 57
10963 Berlin
Telefon: 0 30 / 21 02 17-33
Telefax: 0 30 / 21 02 17-40

Layout und Druck:

Verlag Donaudruck GmbH
Kloster-Mondsee-Str. 14
94474 Vilshofen an der Donau
Tel.: 0 85 41/96 88-0
www.donaudruck.de

*Mit Namen oder Kürzel
gezeichnete Artikel geben
die Auffassung des Verfassers,
nicht unbedingt die der
Redaktion und oder des
Herausgebers wieder.*

Nachdruck nur mit Genehmigung.

Redaktion:

Götze Beyer, Bruckmühl

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei den zwischenzeitlich abgeschlossenen Personalratswahlen nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz hat unsere Gewerkschaft GÖD ein hervorragendes Ergebnis erzielt. Hierzu gilt der besondere Dank allen Kolleginnen und Kollegen, die hierfür ihren Beitrag geleistet haben. Den gewählten Mandatsträgern wünsche ich für ihre verantwortungsvolle Aufgabe eine glückliche Hand und viel Erfolg! Die Tarifrunde 2016 für Bund und Kommunen ist zwischenzeitlich abgeschlossen und zum Tarifergebnis erreichen uns höchst kontroverse Meinungen. Dieses ist, wie ich meine, insgesamt ein akzeptablen Kompromiss, obwohl die Erwartungen teilweise deutlich darüber lagen. Das Tarifergebnis wurde im Wesentlichen auch für die Beamten, Soldaten und Versorgungsempfänger zeit- und wirkungsgleich übernommen. Ob dies zur

Sicherung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zur Daseinsvorsorge und der hierfür notwendige Attraktivität des öffentlichen Dienstes ausreichend ist, wird sich in der Zukunft zeigen. Es dürfte allerdings zunehmend schwieriger werden, die beispielsweise durch den Ausbau der Kinderbetreuung, von unbestritten notwendigen weiteren Verwaltungs- und Sicherheitskräften notwendigen und hierfür geeigneten Beschäftigten zu finden. Angesichts der tragischen Unfälle und den Anschlägen und Amokläufen der letzten Monate möchte ich allen Kolleginnen und Kolleginnen unseren besonderen Dank aussprechen, die bei der Gefahrenbekämpfung und -abwehr in den Sicherheitsorganen, bei der Verletztenversorgung und -betreuung usw. weit über ihre Belastungsfähigkeit hinaus Vorbildliches geleistet haben.



Ihr



Raymund Kandler
GÖD Bundesvorsitzender

Hier könnte Ihre Werbung stehen!

Informationen erhalten Sie über unser GÖD Hauptstadtbüro

10963 Berlin
Obentrautstraße 57
Telefon: 030/210 217-33
Telefax: 030/210 217-40
e-Mail: hauptstadtbuero@goed-online.de

Unbedingt einhalten!

Redaktionsschluss
Forum 3/2016 ist
am 31. Oktober 2016

Einigung in den Tarifverhandlungen 2016 für Beschäftigte

bei Bund und Kommunen in der dritten Verhandlungsrunde

Die Tarifparteien haben am 29. April in der dritten Verhandlungsrunde der Tarifverhandlungen für Bund und Kommunen nach umfangreichen Warnstreiks eine Einigung erzielt.

Hierbei wurden folgende Eckpunkte vereinbart:

Die Entgelte und Praktikantenentgelte werden ab dem 1. März 2016 um 2,4 % erhöht und um weitere 2,35 % ab dem 1. Februar 2017. Mindestlaufzeit von 24 Monaten.

Auszubildende erhalten einen Festbetrag von 35 Euro ab dem 1. März 2016 und weitere 30 Euro ab dem 1. Februar 2017. Der Jahresurlaub beträgt in der 5-Tage-Woche 29 Tage statt bisher 28 Tagen. Die bisherigen Regelungen zur Übernahme von Auszubildenden gelten weiter. Außerdem wurde ein Lernmittelzuschuss von 50 Euro brutto pro Ausbildungsjahr sowie eine Erstattung der Unterbringungskosten und Verpflegungszuschuss bei auswärtigem Berufsschulblockunterricht vereinbart.

Die Neue Entgeltordnung wird zum 1. Januar 2017 mit einer Mindestlaufzeit von vier Jahren in Kraft gesetzt und zum 1. März 2017 tritt die stufengleiche Höhergruppierung in Kraft. Hier werden insbesondere die geänderten tatsächlichen Anforderungen in Gesundheitsberufen, im IT-Bereich und weiteren Tätigkeitsfeldern abgebildet. Die durch die Entgeltordnung entstehenden Mehrkosten werden hälftig von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen. Als Arbeitnehmerbeitrag wird die Jahressonderzahlung für drei Jahre eingefroren und ab 2017 um 4 Prozent vermindert.

Für die VBL und Zusatzversorgungskassen mit anerkanntem Finanzierungsbedarf werden die Arbeitnehmer zur Vermeidung von Leistungseinschränkungen zusätzlich an den Kosten beteiligt. Im VBL Abrechnungsverband West und bei kommunalen Zusatzversorgungskassen mit anerkanntem Finanzierungsbedarf erfolgt dies durch eine Erhöhung der Arbeitnehmerbeteiligung um 0,2 Prozent ab 1. Juli 2016, diese steigt auf 0,3 Prozent ab 1. Juli

2017 und auf 0,4 Prozent ab 1. Juli 2018. Im Abrechnungsverband Ost der VBL erhöht sich die Arbeitnehmerbeteiligung um zusätzliche 2,25 % in drei Schritten. Im Gegenzug erhöht sich hier die Jahressonderzahlung in fünf gleichen Schritten auf das Niveau im Tarifgebiet West.

Die bisherigen Regelungen zur Altersteilzeit im TV Flex AZ werden um zwei Jahre verlängert. Damit kann Altersteilzeit bis zum 28. Februar 2018 in Anspruch genommen werden. Die übrigen Bedingungen der Altersteilzeit bleiben unverändert.

Über den Gesundheitsschutz von Beschäftigten der Flughafenfeuerwehren werden nach Abschluss der Tarifrunde 2016 Verhandlungen aufgenommen.

In Ergänzung der Regelungen zur Übergangsvorsorge bei Beschäftigten der Feuerwehr im Einsatzdienst ist eine Dynamisierung des monatlichen Entgelts während der Freistellung vereinbart.

Dieses Verhandlungsergebnis wurde innerhalb der bis zum 31. Mai geltenden Erklärungsfrist angenommen.

Tarifeinigung der Gewerkschaft GÖD für das private Wach- und Sicherheitsgewerbe im Freistaat Sachsen

Zweistufige Einkommenserhöhung von durchschnittlich 6,06 % ab Januar 2017 und weiteren 4,38 % ab Januar 2018.

Nach der letzten gravierenden Erhöhung der Entgelte für die Jahre 2014 bis 2016 hat die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) am 19. Juli 2016

mit der Landesgruppe Sachsen im Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW) die Tarifverhandlungen für Sicherheitsdienstleistungen im Freistaat Sachsen geführt. Nach grundsätzlich

konstruktiven, in einzelnen Bereichen schwierigen Verhandlungen, konnte für die Jahre 2017 und 2018 eine Einigung mit folgenden Eckpunkten erreicht werden:

Fortsetzung von Seite 4

- ➔ Stufenweise Wiedereinführung der Sonn- und Feiertagszuschläge ab dem 01.01.2017: Sonntagszuschlag 15 %, Feiertagszuschlag 30 %, ab dem 01.01.2018: Sonntagszuschlag 25 %, Feiertagszuschlag 50 %
- ➔ Erhöhung der Stundengrundlöhne der Vergütungsgruppe 1 von aktuell 9,00 € auf 9,20 € ab dem 01.01.2017 und auf 9,50 € ab dem 01.01.2018.
- ➔ Erhöhung der Stundengrundlöhne der Vergütungsgruppe 2 von aktuell 9,40 € auf 9,60 € ab dem 01.01.2017 und auf 9,90 € ab dem 01.01.2018
- ➔ Erhöhung der Stundengrundlöhne der Vergütungsgruppe 3 von aktuell 9,90 € auf 10,10 € ab dem 01.01.2017 und auf 10,40 € ab dem 01.01.2018
- ➔ Kaufhausdetektive werden statt der bisherigen Vergütungsgruppe 1 in Vergütungsgruppe 2 eingruppiert.
- ➔ Sicherheitsmitarbeiter im Objektschutz - / Separatwachdienst mit Abschluss als Fachkraft für Schutz und Sicherheit, die in dieser Funktion auf Forderung des Auftraggebers eingesetzt werden, in die Vergütungsgruppe IV höhergruppiert mit 10,30 € ab dem 01.01.2017 und 10,70 € ab dem 01.01.2018. Dies bedeutet eine Gesamterhöhung von 7,10% ab 01.01.2017 und weiteren 5,85 % ab 01.01.2018 für diesen Bereich.
- ➔ Sicherheitsmitarbeiter in militärischen Anlagen werden in Vergütungsgruppe II mit 10,00 € ab dem 01.01.2017 und 10,40 € ab dem 01.01.2018 höhergruppiert. Dies bedeutet im Gesamtergebnis eine Erhöhung von 9,53 % ab 01.01.2017 und weiteren 5,97 % ab 01.01.2018.
- ➔ Im Gesamtergebnis werden die Einkommen zum 01.01.2017 um etwa 5 bis 5,25 % erhöht und zum 01.01.2018 nochmals um ca. 5 %.
- ➔ Hundeführer, die den eigenen Hund auf Forderung des Arbeitgebers stellen und den Hund auf eigene Kosten füttern und pflegen erhalten eine Zulage von 0,50 € je Stunde.
- ➔ Sicherheitsmitarbeiter, die während des Dienstes eine Schusswaffe führen (Ausnahme militärische Einrichtungen), erhalten eine Zulage von 0,50 € / Stunde.
- ➔ Die Ausbildungsvergütungen steigen zum 1.01.2017 steigen pro Stufe und Jahr um jeweils 30,- € und danach um weitere 30,- € zum 01.01.2018 (im dritten Ausbildungsjahr zum 01.01.2018 jedoch um 40,- €)
- ➔ Mehrarbeitszuschlag wird statt bisher erst ab der 264. Stunde ab der 248. Stunde geleistet und im 24-Stunden-Schichtdienst ab der 14. Schicht.
- ➔ Die Stundengrundlöhne im Feuerwehrdienst werden ab dem 01.01.2017 um 4,9 % und ab dem 01.01.2018 um 4,5 % erhöht.

Die Tarifparteien werden für diesen Tarifvertrag wieder eine Allgemeinverbindlichkeit beim zuständigen sächsischen Staatsministerium beantragen. Unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Rahmendaten ist dieses Verhandlungsergebnis als

deutlicher Erfolg der Verhandlungsführung der für diesen Bereich zuständigen Gewerkschaft GÖD zu werten, so der Verhandlungsführer der Gewerkschaft GÖD, Raymund Kandler. „Zu diesem Erfolg hat neben dem Tarifbeauftragten Manfred Loitsch auch

die große Sachkompetenz der in der Tarifkommission beteiligten Arbeitnehmer beigetragen“, so Kandler weiter. Dieses Ergebnis zeigt auch die Wertschätzung der im BDSW Sachsen zusammengeschlossenen Betriebe für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Mindestlohn hat sich bewährt - Auch soziale Sicherungssysteme profitieren

Berlin. Die Einführung des auch vom Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB) lange geforderten gesetzlichen Mindestlohns war richtig und hat sich bewährt. Die jetzt beschlossene Erhöhung des Mindestlohns pro Stunde von 8,50 Euro auf 8,84 Euro orientiert sich an der allgemeinen Einkommensentwicklung und kann von den betroffenen Wirtschaftszweigen aufgebracht werden.

Der CGB-Bundesvorsitzende Matthäus Strebl, MdB erinnerte im Zusammenhang mit den jetzigen Beschlüssen der Kommission an die Horrorszenarien, die vor Einführung des Mindestlohns an die Wand gemalt worden waren. Massenhafte Entlassungen waren ebenso prophezeit worden wie das Ende der Pressefreiheit, weil Zeitungen die Austräger nicht mehr bezahlen könnten. Nichts von dem sei eingetreten. Aber auch jetzt hätten sich wieder Kritiker wie der Präsident des Ifo-Institutes, Clemens Furst, zu Wort gemeldet, denen die Anhebung zu hoch ist.



**Matthäus Strebl,
MdB, CGB Bundesvorsitzender**

Strebl verwies darauf, dass bei Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes rund 4 Millionen Beschäftigte Anspruch auf den Mindestlohn gehabt hätten. Ihnen sei erst hierdurch ein menschenwürdiges Leben ermöglicht worden. Die jetzige Erhöhung mache ein Plus von ca. 55 Euro monatlich aus und verbessere damit die Lage der Betroffenen nicht unwesentlich. 1,5 Millionen

Menschen – vor allem Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten sowie Personen unter 18 Jahren – seien aber weiterhin vom Mindestlohn ausgenommen.

Im Zusammenhang mit dem Mindestlohn dürften die Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme nicht übersehen werden. Eine auf Grund der Einführung des Mindestlohns überdurchschnittliche Lohnentwicklung im Osten im Jahr 2015 führe dazu, dass die Bezugsgröße (Ost) im Jahr 2017 stärker steigen wird als in Westdeutschland, der Mindestlohn über die unmittelbare Renten- und Lohnangleichung hinaus zu einer Angleichung auch in weiteren Teilgebieten der sozialen Sicherungssysteme führen wird.

Im Internet der schnelle Klick
www.goed-online.de, oder
www.cgb.info

CGB beim Beteiligungsgespräch Besoldungsanpassung 2016/2017

Die christlichen Gewerkschaften wurden durch Ulrich Bösl (CGPT) und Markus Kreis (GÖD) beim Beteiligungsgespräch im Bundesinnenministerium vertreten. Unter Leitung des zuständigen Staatssekretärs Engelke wurde über den Gesetzesentwurf zur Anhebung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge diskutiert. Die CGB-Vertreter begrüßten die rasche Übernahme des Tarifiergebnisses auch für Beamte

und Versorgungsempfänger. Dabei kritisierten sie aber, dass die verschiedenen Zulagen nicht angemessen angehoben werden. Dies gilt auch besonders für Zulagen für Soldaten und Bundespolizisten. Begrüßt wurde, dass der 0,2 Anteil für die Versorgungsrücklage nur noch einmal im betreffenden Erhöhungszeitraum einbehalten wird. Die Besoldung und Versorgung für Bundesbeamte und Versorgungsempfänger des Bundes

wird zum 1. März 2016 um 2,2 Prozent und zum 1. Februar 2017 um 2,35 Prozent angehoben. Im gleichen Zeitraum steigen die Anwärterbezüge um 35 Euro und dann noch einmal um 30 Euro. Wenn das Bundeskabinett die Gesetzesvorlage billigt und dem Parlament zuleitet, findet die Zahlung unter Vorbehalt statt und auch die Nachzahlung rückwirkend zum 1. März 2016 kann vorgenommen werden.

Neues „Weissbuch“ der Bundeswehr



Liebe Kollegen und Kolleginnen, Soldaten und Soldatinnen,

seit erscheinen des letzten Weissbuches in 2006 hat sich die europäische und globale Sicherheitslage fundamental geändert, so dass es erforderlich wurde, die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland neu zu bewerten und den jetzigen Gegebenheiten anzupassen.

Nachdem mehr als 150 nationale und internationale Experten sich nahezu zwei Jahre damit beschäftigt haben wie sich die zukünftige Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland und die damit einhergehende Zukunft der Bundeswehr gestaltet, wurde am 13.07.2016 das neue „Weissbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ durch das Kabinett beschlossen.

Dieses oberste Konzeptpapier legt dar, wie die derzeitige Bundesregierung die derzeitige globale

Sicherheit bewertet und wie sie sich zukünftig politisch einbringen will bzw. wo sie ihre Schwerpunkte sieht. Hieraus resultiert automatisch die Zukunft der Bundeswehr da sie als Primat der Politik als letztes Mittel zur Durchsetzung der Ziele der Bundesregierung dient.

Zusammenfassend lassen sich folgende Kernpunkte fest halten:

1. Deutschland hat und wird sich auch zukünftig vorrangig für eine politische Lösung von Konflikten jeglicher Art einsetzen.
2. Deutschland war, ist und wird immer ein zuverlässiger Partner im Rahmen der EU, NATO und VN sein.
3. Die kurzfristige Verfügbarkeit von Personal und Material für weltweite Einsätze wird eine große Herausforderung für die Streitkräfte werden. Hierzu müssen immer wieder Strukturen und Personalumfänge hinterfragt und angeglichen werden.
4. Schon heute auf zukünftige mögliche Formen von Konflikten vorbereitet sein bzw. sich damit

intensiv auseinander zu setzen (Cyber, Hybride Kriegsführung). Erste Veränderungen im Geschäftsbereich BMVg sind für jeden schon wahrnehmbar. Hier sei nur die Trendwende Personal oder die Aufstellung eines neuen Org-Bereichs Cyber und Informationsraum zu nennen. Abzuwarten bleibt allerdings ob die neu geschaffenen Dienstposten auch alle zeitnah qualitativ besetzt werden können und wie sich die neuen Anforderungen mit der Vereinbarkeit von Familie und Dienst unter einen Hut bringen lassen.

Nun noch etwas in eigener Sache. Ich bitte darum, dass sich alle Soldaten die in der GÖD sind, sich unter folgendem E-Mail goed.franksowinski.bfv.bw@gmx.de melden, damit ich mich mit euch in Verbindung setzen kann. Wir haben viel zu tun und nur wenn wir uns austauschen, können wir auch viel erreichen. Die Vertreter der Gewerkschaft GÖD werden hierzu in den Personalvertretungen konstruktiv mitarbeiten und auf die Wahrung der Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter achten.

Frank Sowinski,
Stv. Vorsitzender des GÖD
Fachverbandes Bundeswehr und
Fachbereichsleiter Soldaten



**Die qualifizierte
Alternative!**

Dankeschreiben zu den Personalratswahlen bei der Bundeswehr

Liebe Kollegen und Kolleginnen, Soldaten und Soldatinnen,

nun ist es geschafft, die Personalratswahlen 2016 bei der Bundeswehr liegen hinter uns und wir haben uns in vielen Personalräten positionieren können. Angefangen vom HPR bis hin zu den ÖPR's sind Mitglieder unserer Gewerkschaft gewählt worden.

Im Namen des Vorstandes des Bundesfachverbandes Bundeswehr möchte ich mich bei all denen bedanken, die dieses erfolgreiche Ergebnis ermöglicht haben.

Angefangen von den vielen Freiwilligen, die in den diversen Wahlvorständen durch Fachwissen und persönliches Engagement dazu beigetragen haben, dass diese Wahl durchgeführt werden konnte. Weiterhin bei all denen, die im Hintergrund mitgewirkt haben, den eingesetzten Wahlbeobachtern und zu guter Letzt natürlich bei den Kandidaten, die sich haben aufstellen lassen, um diese wichtigen Ehrenämter auszuüben.

Getreu dem Motto; „Mitmachen statt nur dabei zu sein“. In der heutigen Zeit keine Selbstverständlichkeit mehr.

All unseren gewählten Mitgliedern herzlichen Glückwunsch zu ihrer Wahl. Das Leichteste haben sie geschafft. Nun beginnt die Zeit des Wirkens. Hierbei wünsche ich ihnen Geschick, Mut und ein glückliches Händchen bei den Entscheidungen die sie treffen.

Auch unseren gewählten Mitgliedern außerhalb der Bundeswehr beglückwünschen wir zu ihren Mandaten und wünschen auch hier Geschick, Mut und ein glückliches Händchen bei ihren Entscheidungen.

Frank Sowinski

Stv. Vorsitzender des GÖD Fachverbandes Bundeswehr und Fachbereichsleiter Soldaten

Landesverband Baden-Württemberg

Wolfgang Feil mit Team im Amt

bestätigt Beim 15. ordentlichen Landeskongress des Landesverbandes Baden-Württemberg am 09. April 2016 wurde Wolfgang Feil als Landesvorsitzender im Amt bestätigt.

Wolfgang Feil führt als Nachfolger von Helmut Renner seit 2010 die Landesgeschäfte und stand nun erneut als Landesvorsitzender zur Wahl. Die Delegierten im Evangelischen Bildungszentrum Stuttgart-Birkach wählten Feil mit überzeugender Mehrheit, ebenso das bisherige Vorstandsteam bestehend aus Peter Lotzer (1. Stellverteter), Petra Wiedemann (2. Stellvertreterin), Peter Würth (Schatzmeister) und Karl-Ludwig Siebenrock und Günther Ulm (Beisitzer).

Die Delegierten honorierten mit dieser Wahl die gute und solide Arbeit der vergangenen vier Jahre. Neu im Vorstandsteam ist Gerold Hafner vom Ortsverband Pfullendorf. Er ist langjähriges Mitglied und derzeit im örtlichen Personalrat beim Bundeswehr-Dienstleistungszentrum in Stetten a.k.M. vertreten. Hafner wurde zum Beisitzer gewählt und schließt die Lücke, die durch das Ausscheiden von Norbert Klotz entstanden ist. Raymund Kandler, Bundesvorsitzender, zielte in seiner Rede u.a.

Unbedingt einhalten!

**Redaktionsschluss
Forum 3/2016 ist
am 31. Oktober 2016**

Fortsetzung von Seite 8



auf die Problematik der öffentlichen Berichterstattung gegen die Christlichen Gewerkschaften ab. Sein Vortrag wurde mit großem Applaus bedacht. Der Bundesvorsitzende gratulierte dem alten und neuen Vorstandsteam zur Wiederwahl und unterstrich die guten und freundschaftlichen Beziehungen des Landesverbandes zum Landesverband Bayern und die problemlose und zuverlässige Zusammenarbeit mit dem Bundesverband.

V. l. n. r.: Günter Ulm, Raymund Kandler (GÖD Bundesvorsitzender), Petra Wiedemann, Peter Lotzer (stellv. Landesvorsitzender), Gerold Hafner, Karl-Ludwig Siebenrock, Wolfgang Feil (Landesvorsitzender), Peter Würth (Schatzmeister).

Landesverband Bayern

Fachverband im Dialog mit Bundestagsabgeordneten Ewald Schurer (SPD)

SGM-Problematik und 3. Bahn waren Schwerpunkt des Gesprächs



Ewald Schurer

Im Rahmen der politischen Arbeit des Flughafen-Fachverbandes fand am 13. Mai 2016 ein Treffen mit dem Mitglied des deutschen Bundestages (MdB) Ewald Schurer (SPD) statt, bei dem der Fachverband um Unterstützung zu verschiedenen Problemstellungen warb.

SGM-Geschäftsführung in der Pflicht
Zunächst wurden mit Herrn MdB Schurer die Problemstellungen der Sicherheitsgesellschaft am Flughafen mbH hinsichtlich des Einsatzes der neuen Sprengstoffsuchgeräte vom Typ "Sniffer" und "Itemizer" erörtert. Hierzu waren auch Mitarbeiter der SGM anwesend, die Hr. Schurer Ihre Erfahrungen bei diesem brisanten Thema schilderten. Nach zum Teil schweren Gesundheitsbeschwerden von Mitarbeitern waren die Geräte im Herbst 2015 aus

dem Verkehr gezogen worden. Laut Presseberichten hatten sich nach der Inbetriebnahme der Sicherheitsdetektoren nach und nach einige hundert SGM-Mitarbeiter krank gemeldet. Mehr als 70 mussten ins Krankenhaus. Die neuen Geräte hätten einen unangenehmen Geruch verströmt, so dass Mitarbeiter über Übelkeit, Kopfschmerzen, Schwindel, Benommenheit und Atemwegsreizungen klagten. Besorgniserregend waren für die betroffenen Mitarbeiter unter anderem

Fortsetzung von Seite 9



MdB Schurer (SPD) im Gespräch mit der GÖD am Flughafen

widersprüchliche Gutachten zu den möglichen Schadstoffausdünstungen. Gefordert wurden von Seiten des Fachverbandes zuverlässige und unabhängige Gutachten. In diesem Zusammenhang wurde auch darauf hingewiesen, dass ein Abgleich mit anderen Flughäfen, u.a. hinsichtlich der Einsatzbedingungen von Sprengstoffsuchgeräten, stattfinden sollte. Auch muss die Geschäftsführung der SGM Ihrer Fürsorgepflicht nachkommen und sich endlich mit den Problemen an der Basis beschäftigen und vernünftige Lösungen unter Einbindung der Beschäftigten erarbeiten.

Herr Schurer sagte zu, hierzu mit Minister Markus Söder in Kontakt zu treten um die Problematik zu erörtern.

3. Start- und Landebahn - Wachstum versus Belastung

Im weiteren Verlauf des Gespräches wurde das Projekt 3. Startbahn thematisiert, zu dem es in der Runde jedoch unterschiedliche Auffassungen gab. Der

Fachverbandsvorsitzende Bernhard Plath warb um Unterstützung aus der Politik und stellte die enorme Wichtigkeit dieses Zukunftsprojektes heraus. Auch wurden die Forderungen des Fachverbandes genannt, welche mit der 3. Startbahn verknüpft sind. Unter anderem fordert die GÖD ein vernünftiges und gerechtes Einkommensniveau sicherzustellen bzw. zu schaffen. Neben einem vernünftigen Tariflohn, sollte auch eine signifikante Erfolgsbeteiligung der Mitarbeiter erfolgen. Weiter fordert die GÖD die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und Ausbau von Angeboten bei der Kinderbetreuung in der Region. Die Forderung nach bezahlbarem Wohnraum war auch mit dem Hinweis verbunden, dass sich Bund und Länder noch stärker als bisher bei diesem Thema engagieren müssen. Hr. Schurer berichtete hierzu zu den aktuellen Gesprächen. Auf Vorschlag von Bundesbauministerin Barbara Hendricks hat das Bundeskabinett eine Wohnungsbau-Offensive beschlossen. Das Programm soll die Voraussetzungen

schaffen, um den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum rasch zu decken. Das Programm sieht unter anderem die Bereitstellung von Bauland, steuerliche Anreize, eine Vereinfachung von Bauvorschriften sowie Mittel für den sozialen Wohnungsbau vor. Für die betroffenen Anwohner der Region, die durch den Bau der 3. Startbahn zum Teil erheblichen Belastungen ausgesetzt sind, fordert die GÖD weitreichende und umfangreiche Unterstützungsleistungen. Mögliche finanzielle Ausgleichszahlungen müssen unbürokratisch gehandhabt und großzügig bemessen werden. Herr Schurer betonte im Gespräch seine grundsätzlich ablehnende Haltung zum Bau einer 3. Startbahn. Aus seiner Sicht sind die vorhandenen zwei Startbahnen angesichts der Zahl der tatsächlichen Flugbewegungen ausreichend und eine weitere Belastung der Anwohner mit Fluglärm unzumutbar. Zu guter Letzt muss auch die Verkehrsinfrastruktureinrichtung dem Wachstum des Flughafens angepasst werden. Statt der

Fortsetzung von Seite 10

Diskussion um eine 3. Startbahn sollte nach Herrn Schurers Meinung daher vor allem der Ringschluss der S-Bahn vorangetrieben werden.

Am Ende des Treffens bedankten sich alle Beteiligten bei MdB Ewald Schurer für das konstruktive Gespräch und vereinbarten, dass man sich zu den Problemstellungen weiter austauschen wird.



Bernhard Plath
1.Vorsitzender
Landesfachverband
Flughäfen
Bayern



Michael Eberl
Medien und
Gestaltung,
Landesfachverband
Flughäfen
Bayern

Mehr über uns im Internet unter www.goed-online.de

Regionalverband Küste

Mitgliederversammlung Bezirk Mittel-Holstein

Am 15.06.2016 fand in Lepahn eine Mitgliederversammlung für den Bezirksverband Mittel-Holstein statt.



Ehrung von Rolf Götsch und Joachim Trimm mit Sönke Jensen.

Der Vorsitzende Joachim Timm begrüßte dazu die Teilnehmer und hielt einen Rückblick auf die Veranstaltungen der abgelaufenen Legislaturperiode.

Danach wurde Rolf Götsch aus Neumünster für 60. - jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft geehrt. Rolf war von 1956 Mitglied in der Gewerkschaft Leder und dann in der NGN und die letzten 30 Jahre in der GÖD, er wurde als erstes Mitglied des Regionalverbandes Küste zum Ehrenmitglied ernannt, dafür erhielt er eine Ehrenurkunde und einen Präsentkorb.



Unsere Mitglieder sind uns wichtig.

Der Vorsitzende des Regionalverbandes Küste bedankte sich bei Rolf Götsch für die Solidarität und Treue zur Gewerkschaft. Anschließend wurde ein

neuer Vorstand für den Bezirksverband gewählt. Als Vorsitzender wurde Joachim Timm wieder gewählt. Stellvertreter wurden Klaus Krebs und Ellen Niedbala, Kassenwart wurde Maik Busemann und Schriftführer Wolfgang Gruber. Kassenprüfer wurden Konrad Bumann - Boll und Gerald Stolzenwald, stellvertr. Kassenprüfer Kristin Bumann-Boll.

Der Vorsitzende des Regionalverbandes Küste wünschte dem neuen Vorstand viel Erfolg bei Ihrer Arbeit für die GÖD.

In seinem Schlusswort bat Joachim Timm die Teilnehmer darauf zu achten, dass bei einem Umzug der Mitglieder die neuen Anschriften mitgeteilt werden, damit die Info Verteilung in Zukunft besser gestaltet werden kann, von den Einladungen zur Mitgliederversammlung waren einige als unzustellbar zurückgekommen.

Er bedankte sich für den reibungslosen Ablauf der Versammlung und wünschte einen guten Appetit bei einem abschließenden Imbiss.

Sönke Jensen,
Vorsitzender RV Küste

Eine neue Rolle für Gewerkschaften in der digitalen Arbeitswelt

Durch die Digitalisierung verändert sich nicht nur die Arbeitswelt, auch die Gewerkschaften stehen vor einschneidenden Veränderungen. Dabei gehen acht von zehn Unternehmen in Deutschland (82 Prozent) davon aus, dass Gewerkschaften vor dem Hintergrund der Digitalisierung auch künftig eine Rolle spielen werden. Immerhin jedes sechste Unternehmen (16 Prozent) erwartet umgekehrt, dass

Diskurs zwischen Beschäftigtenvertretern, Unternehmensvertretern und der Politik sowie die Beteiligung weiterer Gruppen.“

Eine Mehrheit der Unternehmen (52 Prozent) ist der Meinung, dass im Zuge der Digitalisierung Regelungen über Arbeitsbedingungen künftig nicht mehr alleine von der Politik und den Tarifpartnern festgelegt bzw. ausgehandelt werden dürfen. Stattdessen sollten neben Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden auch Vertreter von Selbstständigen und neuen Arbeitsformen wie Crowdfunding mit am Tisch sitzen. Vor allem Dienstleistungsunternehmen (57 Prozent) und Industrie (52 Prozent) sehen Bedarf an einer breiteren Debat-

durch antiquierte Gesetze an seiner Selbstbestimmung gehindert werden.“ **Zur Methodik:** Bitkom Research hat in Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsinstitut Aris im Auftrag des Bitkom 504 Geschäftsführer und Personalverantwortliche von Unternehmen ab 10 Mitarbeitern befragt. Die Befragung ist repräsentativ für die Gesamtwirtschaft. Die Fragestellung lautete „Nun lese ich Ihnen einige Aussagen zur Zukunft der Arbeit vor. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie diesen Aussagen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.“ Die Aussagen lauteten „Vor dem Hintergrund der Digitalisierung spielen Gewerkschaften keine Rolle mehr“ und „Fragen über Arbeitsbedingungen sollten in Zukunft nicht mehr alleine von Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und Politik ausgehandelt werden, sondern unter Beteiligung von Selbstständigen und Vertretern neuer Beschäftigungsformen wie Crowdfunding“. Zudem wurde gefragt: „Welche der folgenden Aussagen zur aktuell geltenden Arbeitsstättenverordnung und zum Arbeitszeitgesetz treffen auf Ihr Unternehmen zu?“ mit den Antwortmöglichkeiten „Die Arbeitsstättenverordnung verhindert, dass wir Arbeit flexibler organisieren können“ sowie „Eine Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes beispielsweise durch Öffnungsklauseln wäre wünschenswert.“

Anmerkungen: Industrie 4.0 ist für uns Gewerkschaften eine große Herausforderung. Was wird, wenn Roboter Pakete und Briefe zustellen, was wird wenn die Technik der Telekommunikation mit immer weniger Menschen auskommt.

Ulrich Bösl,
CGPT Bundesvorsitzender

- Acht von zehn Unternehmen sehen auch künftig eine Bedeutung für Gewerkschaften
- Mehrheit wünscht Erweiterung der Sozialpartnerschaft um Vertreter von Freiberuflern und Selbständigen
- Arbeitszeitgesetz und Arbeitsstättenverordnung an die digitale Arbeitswelt anpassen

Gewerkschaften künftig keine Rolle mehr spielen werden. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Befragung im Auftrag des Digitalverbandes Bitkom unter 504 Geschäftsführern und Personalverantwortlichen von Unternehmen ab 10 Mitarbeitern. Vor allem im Handel und in der Industrie (jeweils 19 Prozent) wird die Zukunft der Gewerkschaften skeptisch gesehen, bei Dienstleistern (10 Prozent) liegt der Anteil deutlich darunter. „Digitalisierung verändert die Geschäftsmodelle der Unternehmen und die Art, wie Menschen arbeiten. Das hat auch Auswirkungen auf Organisationen, die die Interessen von Beschäftigten vertreten“, sagt Bitkom-Hauptgeschäftsführer Dr. Bernhard Rohleder. „Neue Arbeitsformen wie Crowdfunding aber auch hochspezialisierte Experten, die ihre Dienste freiberuflich auf Zeit zur Verfügung stellen, erfordern einen neuen

te zu Arbeitsbedingungen. „Arbeitszeitgesetz oder Arbeitsstättenverordnung orientieren sich immer noch zu stark an einem Bild von Arbeit, das aus dem vorigen Jahrhundert stammt. Wir müssen eine flexiblere Arbeitsgestaltung ermöglichen, die den Erfordernissen der digitalen Wirtschaft ebenso wie den Interessen vieler Beschäftigter entspricht“, so Rohleder. So geben 56 Prozent der Befragten an, die Arbeitsstättenverordnung, die etwa Vorgaben für Arbeit im Home Office macht, verhindere eine flexiblere Arbeitsorganisation in ihrem Unternehmen. Und jeder Dritte (33 Prozent) wünscht sich eine Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes, etwa durch Öffnungsklauseln. Rohleder: „Wer sich nachmittags um die Kinder kümmert und dafür lieber später am Abend zu Hause noch dienstliche Mails beantwortet und am nächsten Tag früh ins Büro will, darf nicht

125 Jahre Rerum Novarum

Kardinal Marx kritisiert "Kapitalismus, der um sich selbst kreist"

Kardinal Reinhard Marx wirbt für die christliche Soziallehre als Leitbild für Wirtschaft und Politik in Deutschland. Marx sprach bei einem Kongress der Unionsfraktion zum 125. Jahrestag der Sozialenzyklika "Rerum Novarum".

Bei der Veranstaltung der Unionsfraktion im Bundestag sagte der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz am Montag, die Wirtschaft müsse wieder den Menschen in den Mittelpunkt rücken und dem Gemeinwohl dienen. "Ein Kapitalismus, der um sich selbst kreist, ist nicht akzeptabel", sagte der Münchner Erzbischof Reinhard Kardinal Marx in Berlin.

Vor 125 Jahren, am 15. Mai 1891, hatte Papst Leo XIII. mit der Sozialenzyklika "Rerum Novarum" umfassend Stellung

könne. "Die Welt gehört allen Menschen, und alle müssen ihren gerechten Anteil bekommen", sagte der Münchner Erzbischof.

Diskussion über Staat-Wirtschaft-Verhältnis

Papst Leo XIII. habe schon zum Ende des 19. Jahrhunderts einen gerechten Lohn für jeden Arbeiter gefordert und gesagt, der Staat müsse den Arbeitgebern dafür einen gesetzlichen Rahmen geben. Die Weiterentwicklung dieser

christlichen Soziallehre sei das Ziel "eine soziale Marktwirtschaft, die auf globaler Ebene möglich ist", erklärte Marx.

Weiter äußerte sich Marx auch zur Integration von Flüchtlingen. Sie müsse gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und dem Einzelnen helfen, seine Begabungen einzubringen, sagte der Erzbischof. Dabei wandte er sich gegen ein paternalistisches Verständnis von Integration im Sinne von Bevormundung und Unterordnung. Weltweit gebe es offenbar wieder eine Sehnsucht danach, kritisierte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz. "Da müssen wir Acht geben, dass wir dem nicht nachlaufen."

Der Fraktionsvorsitzende der Union, Volker Kauder (CDU), sieht deutsche Christen über die Landesgrenzen hinaus in

der Verantwortung. "Rerum Novarum" habe auf eine schwierige soziale Frage mit der Würde des Menschen eine Antwort gefunden. Auch der Vorsitzende des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer, Peter Barrenstein, würdigte die Schrift. Die politischen Parteien und die Kirchen seien gefragt, zu diesem Thema Leitbilder zu entwickeln, sagte er.



"Die Welt gehört allen Menschen"

"Integration bedeutet Teilhabe"

zur sozialen Frage bezogen. Entgegen der Forderung der sozialistischen Bewegung sprach sich die Kirche damals klar für die Bewahrung des Privateigentums unter Berufung auf das Naturrecht aus.

Kardinal Marx zitierte in diesem Zusammenhang Thomas von Aquin: "Der Mensch ist erst frei, wenn er über sein eigenes Leben Herr ist." Allerdings sei die Botschaft im Christentum auch, dass Eigentum nicht grenzenlos sein

Idee habe in Deutschland zur Entstehung der sozialen Marktwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg geführt. Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft müsse auch heute wieder diskutiert werden, sagte Marx.

Insgesamt sollten Arbeit und Kapital wieder in ein anderes Verhältnis gesetzt werden, forderte er. Die Finanzkrise im Jahr 2008 habe gezeigt, dass dieses Problem noch nicht endgültig gelöst sei. Aufbauend auf der christli-

chen Soziallehre sei das Ziel "eine soziale Marktwirtschaft, die auf globaler Ebene möglich ist", erklärte Marx.

Dom Radio

Rentenanpassung



Rentner haben seit dem 1. Juli mehr Geld in der Tasche. Die rund 20 Millionen Rentner profitieren von der höchsten Rentenanpassung seit 23 Jahren. Die Rente stieg um 4,25 % in den alten Ländern und um 5,95 % in den neuen Ländern. Rechnet man die derzeit geringen Preissteigerungen, insbesondere an den Tankstellen und beim Bezug von Energie ein, ist es sogar die höchste reale Rentenerhöhung seit 1977. Die Rentenversicherung überweist die höheren Altersbezüge automatisch. Auch die Versorgungsbezüge werden in den alten und neuen Bundesländern um

4,25 % angehoben. Rund 161.000 Berechtigte erhalten mehr Geld.

Hausnotrufdienst, ein Service für Senioren

Hausnotrufdienste ermöglichen älteren Menschen, dass sie noch lange zu Hause bleiben können. Eines der größten Verletzungsrisiken für ältere Menschen ist der Sturz. Die Ärztekammer NRW geht davon aus, dass in Deutschland 30 bis 40 Prozent der zu Hause lebenden über 65 Jährigen mindestens einmal jährlich stürzen, bei den über 80 Jährigen ist es sogar jeder Zweite. Die

Stürze gehen zumeist glimpflich aus. In 10 Prozent der Fälle ziehen sich Opfer schwere Verletzungen wie etwa Oberschenkelhalsbrüche zu. Mehr als 5.600 starben 2010 an den Folgen, so die Barmer GEK. Es ist zu erwarten, dass im Jahre 2020 knapp 20 Prozent der Deutschen älter als 70 sein werden. Davon wollen 90 Prozent dieser Altersgruppe so lange wie möglich selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden leben. Hausnotrufdienste werden von mehreren Anbietern betrieben oder vermittelt. Sowohl Wohlfahrtsverbände (Rotes Kreuz, Malteser, Johanniter, usw.) als auch private

Fortsetzung von Seite 14

Unternehmen bieten Hausnotruf an. Übe einen Knopf, der am Körper getragen wird, kann per Knopfdruck eine direkte Sprechverbindung zu einer Hausnotrufzentrale hergestellt werden.

Ein geschulter Mitarbeiter kann alle nötigen Angaben einsehen und spricht mittels der Kommunikationstechnik direkt in die Wohnung. Je nach vorliegender Situation leistet der Hausnotrufanbieter bedarfsgerechte Hilfestellung, indem Angehörige, Nach-

barn, der Hausarzt, Pflegedienst oder Rettungsdienst verständigt werden. Der Hausnotruf besteht aus einer Basisstation sowie einem handlichen Notrufsender. Der Notrufsender ist so klein, dass er bequem am Handgelenk oder an einer Kette um den Hals getragen werden kann. Er ist stoßfest, wasserdicht und funktioniert schnurlos überall in Haus, im Garten, oder auch in der Badewanne. Für Personen, die viel und oft alleine unterwegs

sind, eignet sich das Mobilfunkpaket, welches dem Hausnotrufpaket ähnelt. Per Satellit wird dann der Aufenthaltsort ermittelt und bedarfsgerechte Hilfe verständigt. Der intelligente Hausnotruf ist zudem streng nach geltenden Datenschutzbestimmungen und nach dem Prinzip der Datensparsamkeit entwickelt. Es werden außer im Fall eines Sturzes, oder anderer kritischen Situationen, keine Daten gespeichert.

Mehr über uns im Internet unter www.goed-online.de, oder www.cgb.info



Bitte Zutreffendes ankreuzen:



Beitrittserklärung



Änderungsmitteilung



Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen

Bundesverband · Pelkovenstraße 51, 80992 München · Tel.: (089) 53 25 50, Fax: (089) 53 65 29



Name, Vorname	Geburtstag	Straße/Hausnummer	PLZ/Wohnort
Tel. privat	e-Mail	Tel. dienstlich	
Dienststelle, Betrieb	ausgeübter Beruf		
Dienstanschrift	Krankenkasse		
Beitritt zur GÖD ab	Monatsbeitrag	Bisherige Gewerkschaft	von bis
Bankleitzahl /Bic	Kto. Nr. /IBAN	Geldinstitut	

Mit dem Einzug per Lastschrift / SEPA-Lastschrift von meinem Konto bin ich einverstanden. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Lastschrift wird mich der Zahlungsempfänger über den Einzug in dieser Verfahrensart informieren. Ich bin davon unterrichtet, dass die obigen Angaben zu meiner Person unter Beachtung der Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes per EDV gespeichert werden.

Datum/Unterschrift

Name des Werbers: